Neue Möglichkeiten, neue Regeln

Die Digitalisierung hat viele netzpolitische Belange auf die tägliche Agenda gesetzt. **media**net hat die Parteien zu ihren Plänen befragt.

Fälle wie jener von Martin Sellner machen es vor: Ende August löschte YouTube den Kanal des Identitären-Chefs, der dort rassistische und rechtsextremistische Inhalte verbreitet hatte. Die Maßnahme der Videoplattform erging nur wenige Wochen, nachdem YouTube angekündigt hatte, verschärft gegen Propagandavideos von Rassisten und anderen Extremisten vorzugehen und damit Hassreden von seiner Plattform zu verbannen.

Doch der Kampf gegen Hassreden und Diskriminierung kann nur schwer von den Online-Plattformen allein gewonnen werden – es braucht auch auf nationaler Ebene Regeln und Gesetze, die diesen Graubereich zwischen dem Verbot der Diskriminierung und dem Recht auf Meinungsfreiheit regulieren, darüber sind sich die Parteien einig. Darüber, wie man des Pro-



ÖVP
Sebastian Kurz

Welche drei netzpolitischen Themen möchten Sie in Österreich primär vorantreiben?

1. Die digitale Ausweispflicht als Gesetz über Sorgfalt und Verantwortung im Netz, denn in der digitalen Welt müssen die gleichen Prinzipien gelten wie in der realen Welt. – 2. Die Umsetzung der Urheberrechtsrichtlinie, denn der Schutz geistigen Eigentums ist unabdingbar im Wettbewerb mit Onlinekonzernen. – 3. Der 5G-Ausbau, der mit höherer Kapazität, schnelleren Verbindungen und mehr Effizienz der Schlüssel zu digitalen Zukunftswelten ist.

Wie stehen Sie zu Vorratsdatenspeicherung und Ablaufdatum gespeicherter Daten?

Die Vorratsdatenspeicherung, so wie sie war, wurde vom Europäischen Gerichtshof als nicht EU-rechtskonform erachtet. Klar ist zugleich, dass wir alles tun müssen, um Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Eine künftige Lösung darf jedenfalls nur im Einklang mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ermöglicht werden. Im Lichte dieser Rechtsprechung ist die EU-Kommission daher gefordert, zu evaluieren, ob und wie eine EU-rechtskonforme Lösung aussehen könnte.



SPÖ
Pamela Rendi-Wagner

1. Die Infrastruktur ausbauen und den Zugang zum Internet sichern. – 2. Digitalkonzerne regulieren: Mehr Regulierung und eine faire Besteuerung von Digitalkonzernen. – 3. Freiheit und Sicherheit im Netz: Wir sind gegen die Einschränkung demokratischer Grundfreiheiten im Netz durch Uploadfilter und Identifizierungspflicht, fordern Maßnahmen gegen Hass & Fake News und wollen eine Offenlegung der Algorithmen sowie die Sicherung der Netzneutralität.

Die SPÖ ist gegen die Vorratsdatenspeicherung und gegen den Einsatz eines Trojaners. Beide Maßnahmen werden von uns aufgrund ihrer schweren und unverhältnismäßige Eingriffe in die Grundrechte der Bürger entschieden abgelehnt.



© Parlamentsdir./Photo Simonis (3)

FPÖ
Norbert Hofer

1. Sicherheit der Netze, Cyber-Security
2. Demokratie und Meinungsfreiheit im Netz
3. Leistbare Versorgung bei hoher Bandbreite (Glasfaser oder Mobilfunk), insbesondere in Schulen, im ländlichen Raum, etc.

Die FPÖ ist generell gegen Vorratsdatenspeicherung.